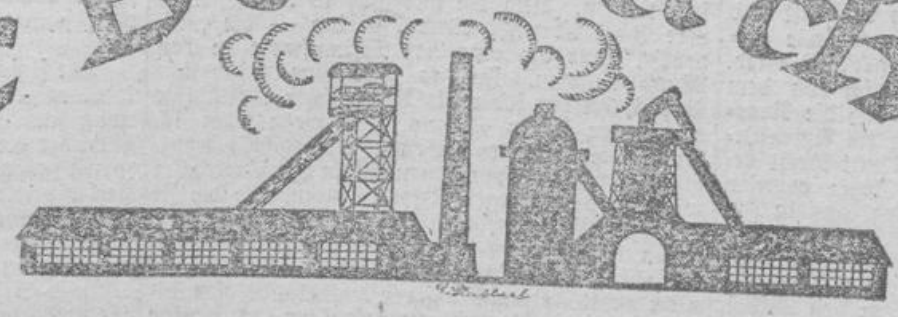
Der Beobachter.



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich Mk. 2.10** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird beitellt bei allen Poltanitalten, sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1.**	**Samstag,** 14. August 1920	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weitelte Verbreitung. **Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30.** bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	**33. Folge**

Inhalt der Nummer:

Die Entwaffnung.
Die Amnestie.
Spa und die Einheitlichkeit der Regierung.
„Allbritisch" und „Alldeutsch".
Stinnes.
Sozialdemokratisches Kanossa.
Sozialdemokratische und „andere" Jugend.
Die Kriegsbeschädigten und der 1. August.
Die Vision eines deutschen Offiziers.
Der Bankerott der Volkshochschulen.
Reichsjugendausschuß der Deutschen Volkspartei.
Wege und Ziele weiblicher Politik.
Die Erhalterin von Werten.
Der Modeteufel.
Interessantes zum Nachdenken.
Aus Welt und Zeit
Aus der Partei.

Die Entwaffnung.

Die Verhandlungen, die im Reichstag über die Entwaffnung des deutschen Volkes geführt worden sind, bilden ein ebenso trauriges Kapitel wie die Vorlage über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Es kommen dabei zwei verschiedene Gesichtspunkte in Frage. Die Rücksicht auf die innere Ruhe und Ordnung macht es notwendig, daß die Hunderttausende von Gewehren, die nach der Auflösung des deutschen Heeres verschwunden sind, unbefugten Händen entzogen werden. Auf der anderen Seite aber steht im Hintergrund dieser Entwaffnungsaktion die überaus traurige und niederdrückende Tatsache, daß die Entente von uns mit Hilfe der Entwaffnungsaktion das letzte Gewehr und die letzte Patrone fordert, die über den notwendigen Bedarf der völlig unzulänglichen Reichswehr hinausgeht. Die Entwaffnungsaktion ist deshalb letzten Endes ein ebenso hartes Joch, das dem besiegten deutschen Volke auferlegt wird, wie die Verpflichtung zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Wir sehen in diesen beiden Gesetzen, die auf Geheiß der Entente vom deutschen Reichstag verabschiedet werden müssen, den letzten Rest unserer Wehrhaftigkeit inmitten einer von Waffen starrenden Umwelt vor dem Machtgebot der Entente zu Boden sinken.

Die Redner der Deutschen Volkspartei, Herr von Kardorff, Dr. Gildemeister und Dr. Curtius, die zu diesen beiden Gesetzentwürfen das Wort ergriffen, haben die schmachvolle und bittere Kehrseite der ganzen Entwaffnungsaktion in ihren Reden nicht verheimlicht und ihr die Hoffnung entgegengesetzt, daß doch wieder einmal bessere Tage kommen müssen. Ihre Reden hoben sich in der Würde des Tones wohltuend von einer Debatte ab, die selbst bei dieser Gelegenheit sich namentlich auf der Seite der Unabhängigen an Ausschreitungen der Würdelosigkeit und der Gemeinheit nicht genug tun konnte. In der Sache selbst hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei der Notwendigkeit unserer politischen Lage Rechnung getragen. Die Reichsregierung ist zu dem Versuch verpflichtet, die bislang verborgenen Waffen an das Tageslicht zu befördern, und der Reichstag hat seinerseits die Pflicht, ihr ein wirksames Instrument in die Hand zu geben, das sie mit aller Schärfe anwenden kann. Nach diesen Gesichtspunkten richtete sich die Haltung der Deutschen Volkspartei, die Abgeordneter Dr. Curtius überzeugend begründet hat. Die Haltung der Unabhängigen ist auch der Entwaffnungsaktion gegenüber schmählich genug, aber sie hat doch die eine gute Wirkung, daß sie die dunklen Beweggründe dieser Partei an das Licht zieht und einen klaren Tatbestand schafft. Die Unabhängigen haben in dem Ausschuß ein harmloses Gesicht aufgesteckt, um dann nachher im Plenum die Maske fallen zu lassen und mit allen Mitteln der Entwaffnungsaktion entgegenzuwirken. Namens der Kommunisten hat Frau Zetkin ganz offen ausgesprochen, daß die Entwaffnung nicht im Interesse der Arbeiterbewegung liege. Genau ebenso denken die Unabhängigen, die einerseits das Vorhandensein von Waffen in den Händen ihrer Anhänger leugnen, anderseits aber das Entwaffnungsgesetz mit einer Entschiedenheit bekämpfen, die sie als die Beschützer verheimlichter Waffen- und Munitionsvorräte sofort verrät und bloßstellt. Das Bestreben der Unabhängigen geht zweifellos dahin, die Einwohnerwehr waffenlos zu machen, dagegen die Waffenbestände der Kommunisten und der Unabhängigen gegen den Zugriff der Behörden zu schützen. Es ist selbstverständlich, daß eine Entwaffnungsaktion in diesem Stil doppelt schmählich wäre, einmal als Unterwerfung unter das Diktat der Entente und zum andern als Auslieferung eines entwaffneten Bürgertums an die wehrhaft gebliebene Kampforganisation der Unabhängigen und der Kommunisten. Wenn auch gegen den Willen der Entente fürs erste kein Kraut gewachsen ist, so muß doch durch die Ausführung des Entwaffnungsgesetzes zum mindesten verhütet werden, daß außer der Entente auch noch die heimlich unterhaltenen Kampfgruppen des Kommunismus und Bolschewismus über das deutsche Volk triumphieren

Die Amnestie.

Nichts ist wohl bezeichnender für die ungeheure Lockerung unserer staatlichen Verhältnisse als die immer wiederkehrenden Amnestierungsgesetze für hochverräterische Unternehmungen. Hochverrat ist dasjenige Verbrechen, für das der Staat, der sich selbst erhalten will, unbedingt Sühne fordern muß. In dem neuen Deutschland häufen sich nicht nur die Verbrechen des Hochverrats, sondern es häufen sich in demselben Maße auch die Gesetze, durch die dem hochverräterischen Verbrechen Straffreiheit gewährt wird. Es handelt sich bei der Initiativvorlage, die im Reichstag angenommen wurde, um nicht mehr und nicht weniger als eine Massenbegnadigung hochverräterischer Unternehmungen. Es ist ganz selbstverständlich, daß dieses Moment der Gesetzgebung jede Partei, die noch an der Staatsautorität festhält, mit dem allerschlimmsten Bedenken und der allerschwersten Sorge erfüllen muß. Während im Reichstag die Begnadigungsvorlage angenommen wurde, wurde in Zittau durch die Errichtung der Rätediktatur ein neues Hochverratsverbrechen begangen. Der Abgeordnete Dr. Kahl wies in seiner Reichstagsrede darauf hin, daß tagtäglich vor unseren Augen für eine neue Revolution vorbereitende Exerzitien vor sich gehen. Die ganze Lage ist also tatsächlich eher dazu angetan, mit festem Griffe zuzupacken, als mit milder Hand Gnade walten zu lassen. Es ist, wie der Abgeordnete Dr. Kahl sagte, keine Zeit für Amnestierung.

Wenn trotz alledem die Fraktion der Deutschen Volkspartei sich der Aktion der Regierungsparteien angeschlossen hat und wenn der Reichstag mit überwältigender Mehrheit abermals für hochverräterische Unternehmungen unter Ausschluß der Rädelsführer Straffreiheit gewährt hat, so gibt es dafür keinen anderen Grund, als daß auch heute noch die Zwangswirkung jener unseligen Tage andauert, an denen im Deutschen Reiche und in den deutschen Einzelstaaten die bestehende Staatsform zerbrochen wurde. Seitdem ist Deutschland ein Versuchsfeld für hochverräterische Unternehmungen geblieben. An dem Verbrechen jener ersten Revolution krankt auch heute noch die Staatsautorität bis in ihr Innerstes. Die Amnestie, die jetzt beschlossen wurde, hatte die Aufgabe, wieder einmal reinen Tisch zu machen und unter die Rechtsfolgen des Kapp-Putsches wie der gegenseitigen Vergehen einen Strich zu ziehen. Es soll, wie der Abg. Dr. Kahl ausführte, für eine Entspannung der Gegensätze gesorgt werden, die im Ruhrrevier wie an anderen Stellen des Deutschen Reiches immer noch in unheilvoller Weise nachwirken und die nicht zur Ruhe kommen wollen, so lange die Strafverfolgung die eine wie die andere Seite in ängstlicher Spannung erhält. Wenn die gegenseitige Zerfleischung jener verhängnisvollen Märztage, die auch jetzt wieder im Reichstage ein wenig erfreuliches Nachspiel erlebte, endlich aufhören soll, so muß das Thema der damaligen Vorgänge von der Tagesordnung ab-

gesetzt werden. Deshalb ist auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei, wenn auch schweren Herzens, für die Amnestievorlage eingetreten.

Es darf aber nicht der mindeste Zweifel bestehen, daß man auf dem Wege dieser Amnestierung zweifellos zu einer völligen Staatsanarchie gelangt, wenn nicht endlich der unheilvolle Quell des 9. Novembers verstopft und dem Hochverrat wieder das Schandmal wie ehedem unverwischbar auf die Stirn gedrückt wird. Die Staatsautorität muß sich endlich von dem schweren Schlag erholen, den sie durch die Revolution erlitten hat. Deshalb muß die Amnestievorlage, wie auch Abg. Dr. Kahl mit Recht betonte, auf unabsehbare Zeit die letzte gewesen sein. Nur schärfste Strafverfolgung kann in Zukunft die hochverräterischen Verbrechen in Deutschland beseitigen. Es wird in erster Linie Aufgabe der Deutschen Volkspartei sein müssen, daß die Regierung in Zukunft nicht nur den Willen zur schärfsten Unterdrückung hochverräterischer Verbrechen zurückgewinnt, sondern ihn auch mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchsetzt. Denn nicht durch Gnade, sondern nur durch unnachsichtige Strenge kann der Hochverrat bekämpft werden. Möge die Staatsgewalt sich auf diesen Weg zurückfinden, und möge zum letzten Mal das schlimmste Staatsverbrechen, das es gibt, mit dem Mantel der Gnade zugedeckt worden sein.

Spa und die Einheitlichkeit der Regierung.

Der ehemalige Minister Schiffer beklagt in einem Artikel der „Magdeburgischen Zeitung" die Tatsache, daß Minister Dr. Scholz in bezug auf das Kohlenabkommen von seiner abweichenden Meinung innerhalb des Kabinetts nach außen kein Hehl gemacht habe. Herr Schiffer sieht darin eine Verletzung der Einheitlichkeit der Regierung. In noch weitergehendem Maße findet man ähnliche Kritik in demokratischen und sozialdemokratischen Blättern, die von einem „Doppelspiel der Deutschen Volkspartei" sprechen, weil sie die Politik des Ministers Dr. Scholz trotz ihrer Zugehörigkeit zur Regierung gebilligt habe.

Diese ganze Kritik geht vollkommen fehl. Es handelt sich bei dem Kohlenabkommen von Spa keineswegs um eine grundsätzliche Frage, sondern lediglich um die praktische Frage, ob die Erfüllung des Kohlenabkommens möglich und bis zu welchem Grade es geraten war, den Einmarsch der Entente in das Ruhrgebiet auf das Spiel zu setzen. Abg. Dr. Stresemann hat diese ganzen Zusammenhänge in seiner Reichstagsrede vollkommen klar beleuchtet. Ueber die praktische Frage konnten innerhalb der Regierung Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein, wie sie vermutlich auch innerhalb der Deutschen Volkspartei bestehen. Deshalb hat jede Meinung ein Recht darauf, als sachliche Ueberzeugung gewürdigt zu werden. Die Einheitlichkeit der Regierung wird keineswegs dadurch gefährdet, wenn in ihrem Schoße abweichende Meinungen in einer solchen Frage bestehen. Das wichtigste ist, daß nach getroffener Entscheidung das gesamte Kabinett die Verantwortung übernimmt und für die Ausführung des Abkommens einsteht. Daran hat es Minister Dr. Scholz ebenso wenig fehlen lassen, wie die Deutsche Volkspartei, die mit allen ihren Mitgliedern, die Abgeordneten Stinnes und Dr. Vögler eingeschlossen, in dieser Frage hinter die Regierung getreten ist. Wer hierbei von einem Doppelspiel spricht, der kämpft mit unehrlichen Waffen.

„Allbritisch" und „Alldeutsch".

Von **Ernst von Wolzogen.***)

. . . . bei uns gab es Leute, die bei Beginn des Weltkrieges hofften, die australischen und kanadischen Engländer würden sich hüten, für die Politik der Inselbriten die Kastanien aus dem Feuer zu holen! Freilich, das waren wohl dieselben Menschen, die sich in Schmähungen gegen die politische Partei der Alldeutschen nicht genug tun konnten. Ob wir wohl jemals dahin gelangen werden, einzusehen, wie schmachvoll es für uns war, daß überhaupt erst eine politische Partei sich auftun mußte, um die alldeutschen Forderungen zu vertreten! Forderungen, die von Gottes und Rechts wegen als Urinstinkt im tiefsten Gemüte jedes Deutschen hätten verankert sein müssen. Und bei uns gibt es Menschen — ihre Zahl ist nicht einmal gering — die „alldeutsch" nur als eine Art Schimpfwort in den Mund nehmen. Ja, es gibt eine gefährliche Partei, bei der jeder als Alldeutscher verdächtige Mitbürger seines Lebens nicht mehr sicher ist. Und dabei waren es diese verhältnismäßig wenigen Alldeutschen, vor denen allein die Engländer während des Krieges Respekt hatten, und die sie folglich mit ihrem innigsten Haß beehrten und gegen die sich auch der große Bestechungsfeldzug des edlen Lord Northcliffe richtete. Müßte das nicht endlich einmal unseren vaterlandslosen internationalen Verbrüderungsfaslern zu denken geben? In dieser Selbstverständlichkeit des Allbritentums, in dieser tiefen Verankerung des Rassenstolzes und der Treue zum Vaterlande besteht der unleugbar große Vorzug, den der Engländer als Volksgemeinschaft vor uns voraus hat, obwohl bei einer Vergleichung zwischen Deutschen und Engländern sozusagen Mann gegen Mann oder doch mindestens Beruf gegen Beruf der Deutsche der Ueberlegene sein würde. Ich habe kein Urteil darüber, wie der englische Soldat, Beamte, Richter oder Bauer dem deutschen gegenüber zu bewerten sei, aber das weiß ich bestimmt, daß der deutsche Arbeiter, Kaufmann, Geistliche und Gelehrte (vom Künstler, insonderheit Musiker, ganz zu schweigen) turmhoch über dem englischen steht. . . . Die Furcht vor der unzweifelhaften Ueberlegenheit des deutschen Kaufmanns, Ingenieurs, Fabrikanten und letzthin auch Arbeiters war denn auch eine Haupttriebfeder zum Kriege für England.

*) Aus der überaus lesenswerten Schrift des bekannten Schriftstellers „Engländer", Verlag der Zellenbücherei in Leipzig-Gaschwitz.

Stinnes.

Was seit langen, schweren Wochen
Unser heißes Sehnen war:
Endlich hat ein Mann gesprochen,
Kurz und schlagend, schlicht und klar.

Ach, von allen, die uns führten,
Ward uns keiner Halt und Hort,
Was Millionen Herzen spürten,
Dieser formte es zum Wort.

Und wir sahen, wie durch das Dunkel
Holder Hoffnung Schimmer brach,
Fernen Morgens Lichtgefunkel,
Weil aus ihm die Wahrheit sprach.

Zweifelnd horcht im Vaterlande
Ein verschüchtertes Geschlecht,
Daß vereint in Qual und Schande
Endlich, endlich sprach das Recht!

Und es ward ein großes Staunen
In des Hochmuts Völkerrat!
Und man hörte banges Raunen:
Welch ein Ton! Hier spricht — die Tat!

Halb befreit und halb beklommen
Hielt die Welt die Ohren an;
Was sie lange nicht vernommen:
Deutschland sprach aus diesem Mann!

(„Kladderadatsch".)

Sozialdemokratisches Kanossa.

Der internationale Sozialistenkongreß in Genf hat seine Tagung mit einem Ketzergericht über die deutsche Sozialdemokratie eröffnet. In Erwartung dieses Ereignisses hat die sozialistische Partei dem Genfer Kongreß eine Denkschrift überreicht, in der sie ihre Haltung während des Krieges zu rechtfertigen versucht, bis auf diejenigen Punkte, in denen sie selbst ein gewisses Schuldbekenntnis ablegt. Sie bekennt sich insofern schuldig, als sie vor dem Kriege dem angeblichen deutschen Imperialismus nicht hindernd in den Weg getreten sei und schon damals durch eine Revolution ihren Willen durchgesetzt habe. Sie nimmt aber auch für diese Unterlassung mildernde Umstände in Anspruch. Die Schuldfrage selbst ist nach der Ansicht dieser Denkschrift so lange nicht diskutabel, als nicht sämtliche Archive der am Kriege beteiligten Staaten ihre Geheimnisse preisgegeben haben. Bisher ist dies nur von Deutschland und Oesterreich geschehen. Soweit auch russische Geheimdokumente ans Licht gekommen sind, hat sich sofort erwiesen, daß auf der Ententeseite ein womöglich schuldigeres Maß an Kriegsschuld aufgehäuft ist.

Der sozialistische Kongreß in Genf hat es aber keineswegs für notwendig gehalten, bis zur Beibringung sämtlicher Archive zu warten, sondern er hat über die Schuldfrage schon jetzt einen Rechtsspruch gefällt. In seiner ursprünglichen Fassung deckte dieser Spruch die in der deutschen Denkschrift enthaltenen bedingten Schuldbekenntnisse ohne weiteres zusammen und konstruierte daraus nach einem kurzen Seitenhieb auf das kapitalistische System eine ziemlich uneingeschränkte Alleinschuld der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Regierung vom August 1914. Diese Fassung ging indessen den deutschen Sozialdemokraten zu weit, und so verstanden sie sich sofort dazu, eine neue Fassung auszuarbeiten, die dann auch einstimmig angenommen worden ist. Diese zweite Fassung ist aber inhaltlich um keinen Deut besser als die erste. Auch sie wälzt die ganze Schuld auf Deutschland ab und bildet dadurch, daß sie die „Urheber der abscheulichen Schlächterei" dem Absehen der Völker preisgibt, ein Seitenstück zu den Schuldartikeln des Versailler Vertrages. Daß die Vertretung der deutschen Sozialdemokraten dieser Resolution zugestimmt hat, ist ein neuer Beweis für ihre nationale Rücksichtslosigkeit und ihr Bestreben, als reuige Sünder vor den Augen der Internationalen wieder Gnade zu finden. Bezeichnenderweise äußert der Chefredakteur des „Vorwärts", Herr Stampfer, der als Delegierter in Genf mit für die Resolution gestimmt hat, seine Ansicht in einem Telegramm des „Vorwärts" wie folgt:

> Nachdem am Montag Mittag der Resolution in einer Beratung der Unterkommission die stärksten Giftzähne ausgebrochen worden waren, gelang es am Montag Nachmittag in der Hauptkommission eine Fassung zu finden, die die Deutschen vorbehaltlos annehmen konnten und die übrigen Sektionen voll befriedigt. Es ist jetzt das subjektive Moment völlig ausgeschaltet. Von der Schuld der Sozialdemokratie ist nicht mehr die Rede. In den ersten Sätzen wird objektiv festgestellt, daß die deutsche Revolution im Jahre 1918 um fünf Jahre zu spät gekommen ist und daß die Sozialdemokratie bedauert, in ihrem Kampf gegen die Reaktion nicht schon vor dem Kriege durchschlagend gesiegt zu haben. Die folgenden Sätze richten sich gegen das Verhalten des kaiserlichen Deutschland, über das volle Uebereinstimmung besteht.

Die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie hat also in Genf die deutsche Sache preisgegeben, um sich als Partei zu rechtfertigen und von der Internationalen wieder in Gnade angenommen zu werden. Diese Umkehrung des Wortes: „das Vaterland über die Partei" soll den deutschen Sozialisten nicht vergessen werden.

Sozialdemokratische und „andere" Jugend

Der Parteikultusminister Haenisch hat unlängst geruht, wahlunmündigen höheren Schülern den Beitritt zu parteipolitischen Vereinigungen und die Teilnahme an ihren Veranstaltungen zu verbieten. In einer volksparteilichen Anfrage wurde er bekanntlich darauf aufmerksam gemacht, daß der Ausführung dieses Satzes, sobald es sich um Jugendliche mit vollendetem 18. Lebensjahre handelt, das Reichsvereinsgesetz gebieterisch entgegensteht, das den Beitritt zu politischen Vereinigungen bei diesem Lebensalter gestattet.

Wie man dem gegenüber in der Sozialdemokratie denkt und handelt, geht aus einer Schrift, betitelt: Die sozialistische Jugendbewegung, Verlag A. Hoffmann, G. m. b. H., Berlin O., hervor, wo wir auf Seite 26 lesen:

> „Die Achtzehnjährigen, die durch die sozialistische Jugendbewegung hindurch gegangen sind, besitzen den älteren Generationen von Partei-

genossen gegenüber einen gewaltigen Vorsprung. Sie haben, wenn an ihnen das Erziehungsprogramm ... vollzogen ist, die Grundlage der sozialistischen Weltanschauung in sich aufgenommen. Und es ist kein unsinniges Verlangen, nach einer vierjährigen Vorbereitung (ab 14. Lebensjahre!) die Jugend mit vollendetem 18. Lebensjahre vor die Frage zu stellen, zu welcher Partei sie sich hingezogen fühlt ... Sie sind teilweise schon zum Lesen der sozialdemokratischen Parteipresse angehalten und sicherlich spinnen sich in die Gespräche mit den älteren Leitern hin und wieder parteipolitische Gedanken hinein. Mit ruhigem Gewissen sollten wir darum auch unsere Jugendlichen, sobald sie politisch mündig werden, veranlassen, einer Partei beizutreten. Daß dabei allein die Sozialdemokratie ausschlaggebend sein kann, versteht sich, und das Recht, für diese Partei unter der politisch mündigen Jugend zu werben, wird uns wohl niemand abstreiten wollen ..."

Herr Haenisch, was sagen Sie dazu?

Die Kriegsbeschädigten und der 1. August.

Der Tag, an dem vor sechs Jahren die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland erfolgte, ist von den pazifistisch-sozialistischen Parteien und Vereinigungen in Berlin dazu benutzt worden, um mit den ihnen nahestehenden Kriegsbeschädigten zu demonstrieren für Völkerfrieden und Völkerversöhnung. Daß diese Gelegenheit nicht vorübergehen konnte, ohne daß die schmähliche Beschimpfung Deutschlands und seiner Einrichtungen damit verbunden wurde, ist für den nicht verwunderlich, der die Namen der Hauptredner gelesen hat. Tief beklagenswert aber ist es, daß durch solche Veranstaltungen immer neue Verbitterung in die Herzen derer gepflanzt wird, die an den Opfern des Krieges am schwersten tragen und die nach der Weisheit solcher Redner in den Glauben versetzt werden, als ob sie für eine unwürdige Sache leiden müßten. Die bescheidenen Mittel, die uns unter dem nur durch starken Machtwillen des deutschen Volkes zu beseitigenden Versailler Friedensvertrag für die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen verbleiben, setzen der Versorgungsmöglichkeit eng gezogene Grenzen. Es ist durchaus begreiflich, wenn von den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen darauf hingewiesen wird, daß die Renten, insbesondere in der heutigen Zeit der Teuerung, nicht dem entsprechen, was wünschenswert sein würde. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß angesichts unserer Notlage das, was im Reichsversorgungsamt geschaffen worden ist, höchste Beachtung verdient und daß in den „siegreichen" Ländern bis heute noch kein Versorgungsgesetz besteht, das den Vergleich mit dem unsrigen aushalten könnte. Von den Kriegsbeschädigten Frankreichs ist darauf in den letzten Monaten sogar häufig hingewiesen worden.

Weite Kreise der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sind heute hinsichtlich der durch das Gesetz zu erwartenden Leistungen völlig falsch unterrichtet. Insbesondere Kriegsbeschädigten-Organisationen, denen es aus Opposition gegenüber der heutigen Regierung darauf ankommt, möglichst viel Explosivstoff anzusammeln, tun das menschenmöglichste, um dem Gesetz eine so ungünstige Auslegung zu geben, wie sie mit dem Willen des Gesetzgebers und dem Wortlaut des Gesetzes niemals vereinbar ist. Ausgesprochene Führer dieser Organisationen ermangeln der elementarsten Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen.

Das Reichsversorgungsgesetz ist in seinen Wirkungen erheblich davon abhängig, daß zu den Paragraphen 25, 28 usw. Ausführungsbestimmungen erlassen werden, die den praktischen Bedürfnissen entsprechen und einen gerechten Ausgleich im Rahmen der verfügbaren Mittel herbeiführen. Die Ausführungsbestimmungen zu den Paragraphen 7, 25, 28 sind nach Paragraph 103 des Gesetzes durch die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und eines aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstages zu erlassen. Der sechste Ausschuß des Reichstages ist z. Zt. damit beschäftigt, diese Ausführungsbestimmungen zu beraten. Da gerade die Paragraphen 25 und 28 in den Kreisen der Kriegsbeschädigten auf starkes Mißtrauen gestoßen sind, so wird es für die Beratungen des ganzen Gesetzes von besonderer Bedeutung sein, wenn gerade diese Ausführungsbestimmungen den praktischen Bedürfnissen und den Wünschen der Beteiligten besonders eng angepaßt werden. Um nach dieser Richtung hin alles zu tun, was irgend möglich ist, hat in Uebereinstimmung mit den übrigen Vertretern der Fraktion der Deutschen Volkspartei im sechsten Ausschuß Herr Reichstagsabgeordneter Thiel eine Aussprache zwischen Vertretern aller bürgerlichen Fraktionen und den Führern des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener und des Kyffhäuserbundes angeregt. Die Anregung hat bei den Vertretern aller bürgerlichen Fraktionen sowohl wie bei den genannten Verbänden Zustimmung gefunden und fand demgemäß am Sonntag, dem 1. August, im Reichstag statt.

Der Zentrumsabgeordnete, Herr Andre, gab einleitend einen Bericht über die in der Reichstagskommission zutage getretene Auffassung hinsichtlich der Auslegung der meistumstrittenen Paragraphen des Gesetzes. Die oben genannten Verbände konnten nachweisen, daß sie an der Verhetzung und falschen Auslegung des Gesetzes in den Kreisen der Kriegsbeschädigten keine Schuld tragen und daß sie bereit sind, an der sachlichen Aufklärungsarbeit soweit als irgend möglich mitzuarbeiten.

Es wurde dann in eine eingehende Besprechung der Ausführungsbestimmungen zu den Paragraphen 25 und 28 eingetreten. Wenn der Einberufer der Konferenz, Herr Abgeordneter Thiel, zum Schlusse der Auffassung Ausdruck gab, daß den bedauernswerten Opfern des Krieges durch noch so lärmvolle Kundgebungen vom Auslande keine Hilfe gewährt werden würde, daß die Mittel zur Linderung ihrer Not nur auf dem Boden des eigenen Volkstums wachsen und daher die im engen Kreise geleistete praktische Arbeit zur Förderung der Gesetzgebung eine würdigere Feier des 1. August sei, als die von anderer Seite veranstaltete Demonstration, so dürften sich nicht nur die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, sondern auch alle deutschen Volksgenossen, die ein Herz für die Opfer des Krieges haben, dieser Auffassung freudig anschließen.

Die Vision eines deutschen Offiziers.

In den Kreisen der Berliner Gesellschaft wird nachstehende Niederschrift des am 2. Mai 1918 an den Folgen schwerer Verwundungen verstorbenen Majors v. Gillhausen, des bekannten Dichters und Komponisten, viel besprochen:

Die Niederschrift, die ein Bild unseres Zusammenbruchs schon bei Kriegsbeginn vorausahnt, wurde beim Ordnen des Nachlasses erst am 10. Mai 1918 von dem Testamentsvollstrecker im Schreibtisch des Verstorbenen gefunden.

Berlin, den 3. 8. 1914.

Vision von Guido v. Gillhausen,
Hauptmann und Komp.-Chef der 6. Kompagnie des 3. Garde-Regts. z. F.

Was ich am 3. August 1914 gegen 2 Uhr sah.

Wie wird der Krieg verlaufen? Nicht in kurzer Spanne Zeit. Ich sehe an mir vorüberziehen viele Feinde und erkenne deutlich Belgien als einen Feind, der uns furchtbare Wunden schlägt in maßloser Grausamkeit. Im Westen taucht neben Frankreich, das ich gestoßen, getreten, vergewaltigt sehe von England, eben dies England auch als unser bedeutendster Gegner auf. Auch in Afrika haben wir schwer zu kämpfen, doch scheinen es auch Weiße zu sein, die uns dort vernichten wollen. Zwischen beiden Erdteilen erblicke ich eine unklare Gestalt, die uns auch zu schaffen macht, ohne daß ich wüßte, wer es sein könnte. (Spanien?) (Späterer Zusatz: Vielleicht ist der Bolschewismus gemeint. L.) — Italien aber eilt, mit England, Rußland und Frankreich gemeinsame Sache wider uns zu machen. Auf dem Balkan Serbien und Rumänien. Ich sträube mich gegen Rumänien, aber es bleibt. Ich begreife es nicht, aber es bleibt. Rußland macht uns große Mühe, aber es wird erliegen, obgleich Japan ihm hilft, wie Amerika England hilft. Ich sehe Roosevelt dem König von England Brot und Wein reichen und ihm auf die Schulter klopfen, ihm Geld geben, ein Pulverhorn, einen Dolch und Bleikugeln, und Roosevelt schien doch unser Freund!!? — Der Krieg wird schauerlich und viele Jahre dauern. Immer neue Feinde kommen. Ich sehe sie aus allen Ländern der Erde zu England eilen, das gegen uns steht, und mit ihm gehen. Gewaltige Entfernungen wird es geben, auf denen wir kämpfen müssen. Fast alle Völker der Erde werden hineingezogen. Ich sehe den Krieg von Nordamerika bis Australien, von Serbien und Japan bis zum Kap Horn. Und überall taucht England auf. Auch in allen Ministerien unserer Feinde sitzt es und regiert brutal und egoistisch und alle beugen sich, alle!

Ich sehe keine Ausnahme. Ist es möglich? Deutschland kommt in eine furchtbare Lage und 1918 wird es am schlimmsten, 1920 erst scheint der Krieg zu Ende zu sein, oder nur Waffenstillstand? es sieht so aus. — Ob der Kaiser 1921 noch lebt? Ich sah den Kaiser, angetan mit Hermelin und Krone auf dem Haupte, die Beine seines eigenen, umgelegten Thronsessels absägen. Während dieser Arbeit wurde der Hermelinmantel immer grauer, und pulveriger, allmählich abfallend, während die Krone immer mehr zusammenschrumpfte, der Kaiser selbst in Nichts zerrann. Mir scheint es, als ob England in Aegypten und Indien den Todesstoß erhält. Dort sehe ich Bewegung wie in einem Ameisenhaufen. Deutschland geht furchtbar geschwächt aus dem Kriege hervor und braucht 30 Jahre zur Erholung. Rußland erwacht und streitet mit Amerika um den Besitz der Zukunft. — Gott mit uns!

Guido v. Gillhausen,
Hauptmann und Komp.-Chef der 6. Komp.
d. 3. G.-R. z. F.

Zusatz des Testamentsvollstreckers vom 16. Mai 1918: Major Guido v. Gillhausen starb am 2. Mai 1918 an seinen schweren, bei Villiers-Bretonneux am 24. April 1918 erhaltenen Verwundungen. Beim Ordnen des Nachlasses wurde vorstehende Niederschrift in einem versiegelten Kuvert am 10. Mai 1918 von dem Testamentsvollstrecker im Schreibtisch des Verstorbenen gefunden.

Der Bankerott der Volkshochschulen.

Wir entnehmen der „Deutschen Bergwerkszeitung" in Essen folgende bemerkenswerte Notiz, die unseren Lesern nicht vorenthalten bleiben soll:

„Seit einiger Zeit werden überall Volkshochschulen ins Leben gerufen. Sie werden errichtet auf Drängen der Arbeiterschaft, die sich immer darüber beklagt, daß die ihr zur Verfügung stehenden Bildungsmöglichkeiten zu gering sind. Der Klage abzuhelfen haben die Städte Volkshochschulen gegründet, die mit einem teilweise vorzüglichen Lehrpersonal arbeiten und einen Lehrplan aufzuweisen haben, der im großen und ganzen alle Wünsche berücksichtigt.

Leider hat sich herausgestellt, daß das Bildungsbestreben der Arbeiterschaft nicht so groß ist, wie immer dargestellt wurde und wird. Selbst die besten und interessantesten Vorträge fanden keinen Anklang. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, mußte in der im Herzen des Ruhrkohlenbezirks gelegenen Stadt Bochum ein Vortrag über „die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kohle" ausfallen, weil sich nur fünf Hörer gemeldet hatten, trotzdem von gewerkschaftlicher Seite gerade dieser Vortrag dringend gewünscht worden war. Aus anderen Städten werden ebenfalls ähnliche trübe Erfahrungen mitgeteilt. Zu ihrer Erklärung wird von der Sozialdemokratie nahestehen-

den Arbeiterführern angegeben, daß die Arbeiterschaft gegen die Vorträge der Volkshochschulen ein gewisses Mißtrauen hätte, da sie im kapitalistischen Sinne gehalten seien. Diese Erklärung kann als stichhaltig jedoch nicht angesehen werden, da die Lehrer aus den Angehörigen aller Parteien genommen werden, und da die Hörer-Ausschüsse bei der Aufstellung des Lehrplanes ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben. Der wirkliche Grund wird wohl darin liegen, daß in der Arbeiterschaft der Bildungshunger nicht so groß ist, wie vielfach der Anschein zu erwecken versucht wird. Es handelt sich hier um eine Tatsache, die tief zu bedauern ist.

Auch im Kultusministerium, das anfänglich die Volkshochschulbestrebungen nicht genug fördern konnte, scheint die Ansicht von dem Fehlschlag der Volkshochschulpläne jetzt die Oberhand gewonnen zu haben. Diese Schlußfolgerung muß wenigstens gezogen werden aus einem Erlaß des Kultusministers Haenisch, der sich sehr scharf gegen eine unorganische und zu plötzlich fortschreitende Entwicklung des Volkshochschulwesens ausspricht. Wirkliche Arbeiterfreunde haben wieder eine Hoffnung mehr zu Grabe tragen müssen."

Reichsjugendausschuß der Deutschen Volkspartei.

Der Reichsjugendausschuß der Deutschen Volkspartei konnte in seiner letzten Sitzung mehrere unserer jungen Freunde aus dem Reiche begrüßen. Die Reichstagsfraktion der D. V. P. war vertreten durch die Abgeordneten SchulratBeuermann, Pfarrer Dr. Luther, Frau Dr. Maaß, Dr. Stresemann; Abgeordneter Brüninghaus war durch eine Kommissionsberatung verhindert, teilzunehmen. Einleitend wurde ein Ueberblick gegeben über die gesamte deutsche Jugendbewegung politischer und unpolitischer Art. Was letztere anbetrifft, so wurde an einigen Vorgängen gezeigt, wie dort nach und nach auch allgemein-politisches Interesse sich regt, die verschiedenen Bünde der sogenannten reinen Jugendbewegung sich bewußt abwenden von demokratischen Gedankengängen, vielmehr zu einer Volksgemeinschaft unter strengster Führer-Auslese streben. In bezug auf die politische Jugendorganisation wurde bemerkt, daß einige Parteien neuerdings stärker darauf ausgehen, Jugendbünde unter irgendwelchen neutralen Decknamen zu gründen; demgegenüber halten wir es nicht vereinbar mit dem Wahrheitsgefühl der deutschen Jugend, die zu uns steht, ihr anders als offen mit unserm Namen zu kommen. So freimütig sich unsere Jugend zu uns bekannte, als sie „Jugendgruppen der D. V. P." ins Leben rief mit Unterstützung unserer Ortsvereine, so offen werden wir weiter arbeiten für unsere Gedanken von Volkseinheit und Führertum. Zum Unterschied von anderen politischen Jugendorganisationen, die mehr oder weniger mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, konnten wir unserseits feststellen, daß unsere volksparteiliche Jugendbewegung als in der Hauptsache getragen von der Jugend selbst, in einer gesunden Entwicklung begriffen ist. Sie arbeitet auf Gebieten, die der gesamten deutschen Jugend zunutze sind, legt im übrigen im Gegensatze zur parteipolitischen Verhetzung, wie sie von gewissen Bünden getrieben wird, Wert darauf, sich sachliche Kenntnisse zu verschaffen in ihren Gesinnungsgemeinschaften. Wie stark sich die deutsche Jugend für unsere volksparteilichen Ziele einsetzt, erhellt am besten daraus, daß nach einer Tätigkeit von gut einem Jahre über 20 000 in unseren Jugendgruppen sich zur Arbeit vereinigt haben. Wir hoffen demnächst von 250 Jugendgruppen im Reiche mit 25 000 Mitgliedern berichten zu können, die Freunde in unseren studentischen Gruppen nicht mit eingerechnet. Vergleichsweise sei hier bemerkt, daß die sozialdemokratische Jugendbewegung heute an 60 000 Mitgliedern zählt, wobei zu bedenken ist, daß die S. P. D. bereits seit 1903 „Jugendpflege" — wie sie sie auffaßte — betrieb. Unsere Gedanken von der Volksgemeinschaft in die Tat umzusetzen, ist unsere Jugend in ihren alle Bevölkerungskreise umfassenden Jugendgruppen bereit; so arbeiten wir gegen den Klassenkampfgedanken an. Und schon werden Stimmen in der S. P. D. laut, die die Jugend vor der „bürgerlichen" Jugendbewegung warnen! Man muß wohl Grund dazu haben, so wurde auf unserer Sitzung gesagt, steht doch auf der Tagesordnung des S. P. D.-Reichsjugendtages auch die „Stellungnahme zur bürgerlichen Jugendbewegung". Hoffen wir, daß auch dort die gesunde Jugend zu Worte kommt, die sich abwendet vom Klassenkampf.

Unsere Jugendgruppen waren letzthin tätig auf folgenden Gebieten: Abstimmungshilfe für West- und Ostpreußen, Spielplatz-Gesetzgebung, Eisenbahnfahrten-Ermäßigung für Jugendbünde, Turn- und Sportvereine, Jugendherbergen, Jugendheime, Kampf gegen den Bücherschund, Forderung nach Einführung der schulpflichtigen Jugend in den Friedensvertrag, Stellungnahme zu den Ausnahmegesetzen gegen die höhere Schülerschaft (Haenisch-Erlaß) u. a. m. Mehr als bisher müssen unsere Jugendgruppen in die kommunalen Ausschüsse für Jugendpflege hineingehen, deren Dasein, wie es scheint, allen bürgerlichen Parteien viel zu wenig bekannt ist. So ist es nicht verwunderlich, daß die Vorteile, welche diese kommunalen Ausschüsse den angeschlossenen Jugendbünden bieten, in der Hauptsache den Sozialisten zugute kommen. Der Reichsjugendausschuß beschäftigte sich weiter mit der Frage des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Die sonstigen in Frage kommenden Ausschüsse der D. V. P. wurden gebeten, sich ebenfalls mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen.

Der Erweiterung des Materials für unsere Jugendarbeit wurde das Wort gesprochen. Es ist beobsichtigt, eine einführende Bücherei allgemein-politischen Inhalts zu begründen, sobald die Verhältnisse auf dem Papiermarkt, im Buchgewerbe usw. sich gebessert haben.

Von der Tatsache ausgehend, daß in einigen Wahlkreisen bisher noch wenig oder kaum etwas für unsereJugendbewegung getan werden konnte, werden namentlich diese Wahlkreise gebeten, sich vermehrt unserer Jugend zu widmen. Auf allen noch stattfindenden Parteitagen in den Wahlkreisen oder kleineren Bezirken muß unsere Jugendarbeit auf die Tagesordnung gebracht werden. — Es wurde im übrigen festgestellt, daß unsere Jugendgruppen nach den Wahlen tüchtig weiterarbeiten, entsprechend wächst die Zahl unserer Mitglieder, Zuzug kommt von links und rechts.

Eine Reihe von Wahlkreis- und Landes-Jugend-Ausschüssen ist weiter in der Bildung begriffen, wir erwarten von diesen Arbeitsausschüssen eine wesentliche Förderung der Tätigkeit des Reichsjugendausschusses, namentlich hinsichtlich der Belange der deutschen Jugendwohlfahrt.

Anfang Oktober soll ein Reichsjugendtag stattfinden, voraussichtlich in der Umgebung von Detmold (Hermannsdenkmal). Nähere Auskunft über die Reichsjugendtagung erteilt die Vorsitzende des vorbereitenden Ausschusses für die Reichsjugendtagung, Fräulein A. Hoffmann, Berlin-Steglitz, Grunewaldstr. 7.

Wege und Ziele weiblicher Politik.

Mathilde Drechsler-Hohlt.

Es ist mißlich, überhaupt von weiblicher Politik zu sprechen. Es sollte weder männliche noch weibliche Politik geben, sondern einfach Politik schlechthin.

Aber dennoch. Je länger die Frauen in der politischen Arbeit stehen, desto mehr werden sie sich ihrer im tiefsten Wesenskern begründeten Unterschiedlichkeit vom Manne bewußt werden. Sie erkennen ihre Grenzen, aber auch ihre besonderen Fähigkeiten, sie werden sich klar über die Gebiete, wo das Schwergewicht weiblichen Einflusses in der Politik zu liegen haben wird.

Ganz allgemein gültig läßt sich wohl sagen, daß dem Manne im politischen Leben der Kampf, Angriff und Abwehr allein überlassen bleiben sollte. Das wird am deutlichsten im politischen Wahlkampfe. Fast niemals wird es einer Frau wohl anstehen, den politischen Gegner mit Schärfe anzugreifen, ihn zu schlagen und siegreich das Feld zu behaupten. Nicht kämpfend, sondern werbend wird eine Frau für ihre Sache, für die Sache ihrer Partei einzutreten geneigt sein. Und immer wieder kann man beim Erfolge einer politisch öffentlich wirkenden Frau abschätzen, daß der Erfolg nicht allein bestimmt wird durch eine große rhetorische Leistung, sondern sehr wesentlich mitbedingt ist durch das Sein ihrer Persönlichkeit. — Galt früher als einziges Kriterium politischer Fähigkeiten für den Wahlkampf die rhetorisch-agitatorische Leistung, so muß man doch der Frau gegenüber die Kritik unter wesentlich andere Gesichtspunkte stellen. Selbstverständlich kann ein sympathisches Sein nicht genügen. Daneben — will die Frau sich im politischen Leben behaupten — muß unbedingt die besondere Leistung treten. Diese Leistung wird — das läßt sich heute schon klar übersehen — auf kulturellem und sozialem Gebiete liegen müssen. Dort muß aber die politische Arbeit der Frauen sich zu einer wirklichen Leistung formen. Sie muß eindringen in die Probleme des Staatslebens, in die Bedürfnisse des Volkes und muß die Rückschläge gesetzgeberischer Maßnahmen auf Staat und Wirtschaft einschätzen und abwägen lernen.

Das alles gilt gleichermaßen für Mann und Frau. Daneben aber wird die politische Leistung der Frauen durchglüht sein müssen von einer Geistesart, die den Frauen besonders, ja ihnen allein eignet. Es wird letzten Endes eben nicht von dem Entgegenkommen des Mannes abhängen, ob die Frauen zu einem wichtigen, einflußreichen Faktor heranreifen werden, sondern das Wesentliche wird sein, ob die Frauen ein eigenes geistiges Moment im politischen Leben zu geben haben werden.

Diese ganz spezifisch weibliche Geistesart ist vorhanden. Sie beweist sich im ganzen Leben, auf allen Gebieten. Warum nicht in der Politik? — Die Politik war bis vor kurzem, wie kaum eine andere Lebenssphäre, allein vom Manne beherrscht. In ihr muß weibliche Geistigkeit erst zum Bewußtsein und dann zur Formung reifen. Daß das geschehe, scheint mir die erste Aufgabe aller Frauen, aller Parteien, die an führender Stelle stehen. — Darin brauchte durchaus keine gegnerische Stellung der Frauen gegen den Mann gesehen zu werden. Sondern damit soll nur eine Erweiterung, eine Ergänzung und schließlich auch eine Bereicherung des politischen Lebens erstrebt werden.

Nur durch eine gute und zahlenmäßig ausreichende Vertretung der Frauen aber kann das zum Ausdruck kommen, was wir Frauen an Besonderheit zu geben haben, was nötig ist zur Sicherung der Stellung der Frauen im Wirtschafts- und Kulturleben unseres Volkes.

Daß das aber geschehe, erstreben wir nicht im Sinne eigenbrötlerischer, enger Fraueninteressen, sondern durchaus im Sinne einer restlosen Entfaltung aller im Volke beschlossenen Geistes- und Formungskräfte. Daß die Frau Anteil habe an der Höherentwicklung unseres Volkslebens, daß sie ihr Bestes dafür zu entwickeln und herzugeben in der Lage sei, das ist unser Wunsch und Wille.

Die Erhalterin von Werten.

Von Dr. Ella Mensch.

In unserem Volksleben drohen Werte verloren zu gehen, die nur die Frau retten kann. Mehr als je ist uns heute das Verständnis für den engen Zusammenhang von Haus und Welt aufgegangen. Der Zug der Zeit, der die Frau hineingeführt hat in das politische Getriebe, muß sie auch wieder zurückführen zu den Sorgen und Beschäftigungen ihres häuslichen Lebenskreises. Wo diese Wechselwirkung fehlt, bleibt jede Betätigung in der Oeffentlichkeit wirkungslos.

Niemand schafft für das Allgemeine, der es nicht lernt oder gelernt hat, nützliche Arbeit zu leisten innerhalb seiner engsten Umwelt.

Das Allgemeine ist ein Gedankending, das erst Leben empfängt, wenn man es in Beziehung setzt zu den einzelnen Existenzen.

Man hat es nicht mit Unrecht der Frauenart zum Vorwurf gemacht, daß sie gar zu sehr von Kleinigkeiten sich leiten und beeinflussen lasse. Diesen Fehler mag sie ablegen, dabei aber nicht in den entgegengesetzten verfallen, alles, gleichsam von der Vogelperspektive aus zu betrachten und die Einzelheiten als untergeordnete Nebensächlichkeiten anzusehen.

Erst, wenn sie unterbrochene Fühlung behält mit den Einzelheiten des Lebens, den Anforderungen des Tages und den Pflichten der Stunde, ist sie berufen, an der Erhaltung unentbehrlicher Werte mitzuarbeiten.

Vielleicht sagt manche: Was können wir denn tun? Wir vermögen doch nicht gegen den Strom zu schwimmen? Machtlos müssen wir zuschauen; wie sich die Dinge entwickeln oder verwickeln.

Es mag das auf den ersten Blick so ausschauen. Aber in Wahrheit ist doch kein halbwegs gesunder Mensch zum bloßen Zuschauen verurteilt. Niemals entwickeln sich die Dinge ohne unser Zutun.

Wir sind in ein mammonistisches Wirtschaftsgetriebe hineingeraten, wie es krasser gar nicht gedacht werden kann.

In der brutalsten Form dringt sich der gebildeten Frau der Gegensatz zwischen denen auf, die Geld ausgeben können und jenen, denen es äußerst knapp zugemessen ist. Reichtum hat es immer gegeben und demzufolge auch eine Plutokratie in beschränktem Umfange. Aber der frühere Reichtum belästigte und drückte nicht, insofern, als er nicht als der Alleinherrscher auftrat, der von der reich besetzten Tafel des Lebens alles wegnahm und den andern das Zuschauen ließ. Für die Andern blieb auch noch Platz, denn die Reichen verteuerten durch ihre Kauflust und Kaufkraft ja nichts. Die Preise der Lebensmittel und Luxusartikel gingen deswegen nicht in die Höhe.

Wo etwa der Reichtum protzenhaft und raumversperrend auftreten wollte, wurde er von den feineren Elementen der guten Gesellschaft, welche die Führung hatten, stillschweigend boykottiert.

Das ist jetzt anders geworden, und das zehrt an der Volksmoral. Es soll nur niemand glauben, daß der Mammondienst, dem er sich jetzt so völlig ergeben hat, über kurz oder lang nicht an ihm selbst rächen werde. Die Mutter, die strahlt, wenn ihr halbwüchsiger Sohn, der von der Mittelklasse der Volksschule abgegangen ist, 80 Mark die Woche einnimmt und die Hälfte davon in Bier und Zigaretten anlegt, soll nicht denken, daß sie sich eine Lebensfreude oder gar Altersstütze an diesem Kinde erzieht. Hier zeigt sich eine Frauenaufgabe von unendlicher Tragweite.

Wer anders als die Frau, die Mutter, ist am ehesten dazu berufen, ihren Kindern einzuprägen: wenn ihr heute viel Geld verdient, Einnahmen bezieht, die noch in gar keinem Verhältnis stehen zu dem, was ihr wirklich leistet, die nur durch die Lebensmittelverteuerung entstanden, so rechnet euch das nicht als Tugend an, bekommt keine übertriebene Meinung von euch selbst und beurteilt nicht etwa gar andere Menschen nach der Höhe ihrer Geldbezüge.

Vor allem: Laßt keine Ausschweifung eintreten in Euren materiellen Bedürfnissen. Sagt nicht: wir müssen das haben, wir können's ja bezahlen! Und bildet euch nicht gar ein, ihr braucht in Zukunft nicht an eurer Weiterbildung zu arbeiten, nichts mehr zu lernen, weil Kenntnisse sich doch nicht bezahlt machen und man es ja heute zum Greifen deutlich vor Augen sieht, daß der auf Hochschulen oder in Kunstateliers gebildete Mensch am Hungertuch nagen kann.

Ein armseliger Tropf bleibt der, dessen geistige Ansprüche sich nicht höher als bis zum Kinogenuß und zur Lektüre des Blättchens versteigt, das ihm die politische Marschroute, in ein paar Schlagworte geprägt, vorlegt.

Ein Volk der Arbeit kann unser deutsches Volk nur dann bleiben, wenn auch die geistige Arbeit gleichen Schritt hält mit allen andern Betätigungen, denn alle mechanischen Betriebe empfangen von ihr Schwungkraft und neue Impulse.

Die Achtung vor der geistigen Arbeit darf nicht herabgemindert werden, sonst sinkt auch der Umgangs- und Verkehrston unseres gesamten Lebens. Wer hat auf diesen wohl mehr Einfluß als die Frauenwelt? Ein Teil der Würde der Menschheit ruht tatsächlich in ihren Händen und auf ihren Lippen. Verabschieden wir doch endlich das Gesprächsthema: Was werden wir essen, wie werden wir uns kleiden? Beruhigen wir uns auch nicht mit der Erwägung, daß, wo dieses Thema alle Interessen beherrsche, eben eine Uebergangszeit sei.

Was heißt das überhaupt? Uebergangszeit! In solcher bewegen wir uns immer, denn alles befindet sich im ewigen Fluß. Ach, und in demselben Strom schwimmst du nicht zum zweiten Mal! Es kommt darauf an, auch der Ungunst der Zeit das abzugewinnen, was den Wert des Lebens erhöht und es für Menschen, die nach einem Plan leben, überhaupt sinnvoll gestaltet:

Alle Kulturaufgaben wenden sich an erzieherische Kräfte. Die Frauen aber sind — wie das schon Pestalozzi mit allem Nachdruck betont hat — die geborenen Erzieherinnen des werdenden Geschlechts.

Der Modeteufel.

Die Mode, die wechselt wie ein Wetterglas, ist ein sicheres Zeichen für den jeweiligen sittlichen Hoch- oder Tiefstand nicht nur der Frauenwelt, sondern eines ganzen Volkes. Auch heute brauchen wir nur einen Blick in die Modezeitung zu tun und in der Großstadt oder in dem Badeort die lustwandelnden Modepuppen an uns vorüberziehen zu lassen, um einen getreuen Maßstab für den Stand unseres sittlichen Volkslebens zu gewinnen. Neben den Gestalten, die um ihres unsauberen Gewerbes willen die Mode benutzen, gibt es unzählige, die in eitlem Leichtsinn die Mode mitmachen, weil es eben andere auch tun. Wie viele Mütter opfern aus persönlicher Eitelkeit die Seele ihrer Tochter dem Modeteufel! Ihre unverantwortliche Gedankenlosigkeit läßt sie nicht erkennen, daß die Mode unserer Tage in teuflischer Weise dazu dienen soll, den niedrigsten Gelüsten der Sinnlichkeit entgegenzukommen. In derbster Form wurde kürzlich in der „Berliner Freien Presse" diese Aufgabe der Mode gezeichnet. Vielleicht sind die ekelhaften Ausführungen geeignet, mancher Frau und mancher Mutter die Augen zu öffnen, daß Modedienerei heute mehr als je ein Verzicht auf Frauenwürde und Frauenehre bedeutet. Es hieß da folgendermaßen:

„Alle Zeichen des modernen Frauen- und Liebeskults deuten darauf hin, daß wir wieder auf dem besten Wege sind, in die Aera Ludwigs des Sonnenkönigs zurückzusteigen. Frau Mode kommt uns hierin bereitwilligst entgegen. Der durchscheinende Florstrumpf aus Baumwolle und Seide oder der scheckige Batiststrumpf geben der Wade, jenem vielgerühmten Schauobjekt weiblicher Schönheitskonkurrenz, einen eigenen, in sich abgeschlossenen, reizvollen Charakter. Der knöchelfreie Halbschuh und der hochschäftige Schnürstiefel in Verbindung mit einer schön geformten Wade bereiten auf die Annehmlichkeiten der „oberen Etagen" vor. Auch hier tut die Mode ihr Bestes. Ehedem, als Urgroßvaters Vater noch in den Windeln lag, schwärmte man für Reifrock, Wespentaille und Schnürbrust; heute ist man kultivierter und geschmackvoller. Das stark geraffte Gesellschaftskleid gibt den Lenden und der rückwärtigen Partie die gebührende Fülle, auch wo die Natur gegeizt hat, und der sehr schmale Bockledergürtel eine Idee höher bezeichnet in diskreter Weise die Scheidegrenze weiblicher Reize, die Taille, so daß das ganze verschwiegene Gebiet, das sich in mehr oder minder kokketter, üppiger Form um das weibliche Zentrum lagert, einen höchst genußreichen Anblick präsentiert. Wer, wie jener französische Marquis und Liebeskenner, die Qualitäten des Weibes nach der Plastik ihrer Oberschenkel und der Sinnlichkeit des Ganges abkalkuliert, wird bei Florstrumpf, hochhackigem Halbschuh bezw. Schnürstiefel, geraffter Robe und eng schließendem Bockgurt sicher seine Freude haben. Auch die Rücken-, Hals- und Busenfreiheit unter der halbverhüllenden Auflage aparter Kleider und Blusen ist den Verehrern femininer Schönheit eine gewürzreiche Vorspeise."

Es sei genug des schamlosen Geschwätzes! Jawohl, wir scheinen uns bedenklich den sittenlosen Zuständen der Zeit des französischen Sonnenkönigs zu nähern. Von den Frauen hängt es ab, ob sie ihr Volk immer weiter in diesen sittlichen Morast stoßen und darin stecken lassen wollen. In ihre Hand ist die Frauenwürde, die Menschenwürde gegeben, werden sie endlich die furchtbar große und heilige Verantwortung erkennen?

Interessantes zum Nachdenken.

Von **Constantin Nedzich**-Frankfurt a. M.

Der Grundton deutscher Stimmung, das einmal gestrichene a, entsteht durch 440, das siebenfach gestrichene g durch 24 000 Schwingungen in der Sekunde.

5000 Kilogramm, am Aequator gewogen, sind am Nordpol um 15,5 Kilogramm schwerer.

Es gibt gewisse Tiere, welche die ultravioletten Strahlen, die für uns eigentlich noch in die Skala der Wärmeempfindungen gehören, schon als Licht wahrnehmen.

Das Licht der Vega durcheilt den Zwischenraum, der sie von der Erde trennt, nämlich 16 000 000 000 000 geographische Meilen, in etwa 12 Jahren; das Licht einiger Gestirne der Milchstraße dringt nach mehr als 2000 Jahren zu uns.

Der Beweis für die Tatsache der Umdrehung der Erde um ihre eigene Achse erbrachte die Schwingung des Pendels.

Da Wärme die Körper ausdehnt, wird das Pendel einer Uhr naturgemäß in einem Zimmer mit hoher Temperatur langsamer schwingen, die Uhr also „nachgehen".

Das englische Parlament setzte im Jahre 1713 einen Preis von 20 000 Pfund Sterling = ½ Million Mark (für die damalige Zeit eine enorme Summe) für die beste Methode aus, die geographische Lage eines Schiffes auf offenem Meere zu bestimmen. Mr. John Harrison, der ebenso wie sein Vater vorher Zimmermann war, konstruierte im Jahre 1764 eine Uhr, die den geforderten Bedingungen entsprach, und erhielt den Preis.

Holländische Fischer erlegten in den Jahren 1672—1722 etwa 33 000 Walfische im Werte von 150 Millionen Gulden.

Ein Jahrhundert hat 3150 Millionen Sekunden.

In einem Kubikzentimeter der Erdatmosphäre sind 4600 Staubteilchen enthalten.

Die Unruhe einer Taschenuhr macht in 24 Stunden 216 000 Schwingungen.

Um die Wärmeausstrahlung unserer Sonne durch Verbrennen zu decken, müßte man täglich ein Quantum bester Steinkohle opfern, das der Erde an Größe gleichkäme.

Das Alter unserer Erde wird auf zwei Milliarden Jahre geschätzt.

Im Uranfange hatte unser Sonnenkörper eine Ausdehnung, die weit über die Neptunbahn hinausging.

Der menschliche Körper wird von etwa 16 Milliarden der verschiedenartigsten Lebewesen bewohnt.

Aus Welt und Zeit.

Die wiedererwachende deutsche Konkurrenz.

Die englischen Spielwarenfabrikanten sind vor allem über die drohende Konkurrenz der deutschen Spielwarenindustrie beunruhigt, da in den ersten fünf Monaten dieses Jahres Spielwaren im Gesamtwerte von 750 000 Pfund Sterling aus Deutschland nach England ausgeführt worden sind.

Unabhängige Geistesblitze.

In der sozialdemokratischen „Münchener Post" gibt ein durchgefallener Sozialdemokrat einige ergötzliche Redewendungen seines unabhängigen Konkurrenten zum Besten. Er schreibt:

„Es war ein Vergnügen, ihm zuzuhören. Vor allen Dingen gefiel mir seine blumige Redeweise. Wie wunderschön klang es, wenn er sagte: „Das Kapital wird niemals seine Knochen dazu hergeben, daß wir Honig daraus saugen!" Wie überzeugend war seine Behauptung: Wenn wir die Revolution nicht gehabt hätten, wären wir dieselben Dussels geblieben, die wir früher waren und die wir leider auch heute noch sind!"; und welche tiefe Logik steckte in seiner Aussprache: „Durch eine Reform kann nicht das geringste verbessert werden!" Den Vogel schoß er ab mit folgendem tiefgründigen, von gründlicher Geschichtskenntnis zeugenden Satz: „Wenn der Referent meint, daß uns der neue Reichstag das Paradies bringen wird, so erinnere ich ihn an das Wort des alten griechischen Philosophen Sokrates, der schon 400 Jahre vor Christus mit Recht gesagt hat, daß uns der deutsche Reichstag nie und nimmt etwas Gutes bringen kann."

*

Ueber das liebedienerische Verhalten

unserer Regierung gegenüber der französischen Entrüstung über die Schändung der Trikolore schreiben die „Hamburger Nachrichten" (Nr. 347):

Wir verkennen keinen Augenblick, daß sich die Regierung — die Gründe sind teilweise oben angegeben — in einer schwierigen Lage befunden hat, daß sie wohl oder übel die übliche Genugtuung für die Tat des jungen Menschen geben mußte, aber Würde und Selbstachtung hätten ihr unbedingt verbieten müssen, sie in dieser Form und in diesem Umfange auf sich zu nehmen. Das war des Guten zu viel, nicht zum wenigsten wegen der Verhandlungen in Spa, wo diese übertriebene [illegible]demütigung die Stellung der Franzosen nur und ihre Hartnäckigkeit zum Beharren bei [illegible] unmöglichen Forderungen steigern mußte und es auch getan hat — womit der Zweck erfüllt war. Was hat es für einen Sinn, wenn Minister in Erlassen und Ansprachen usw. das Nationalgefühl aufzurütteln suchen, die Jugend in dieser Richtung zu beeinflussen auffordern, sie selbst aber, wenn es zur Betätigung und Wahrung nationaler Würde kommt, die ersten sind, die darauf pfeifen und umfallen wie die Fliegen! Das von Haß und Dummheit diktierte Niederholen unserer alten ruhmgekrönten schwarz-weiß-roten Flagge hat uns und unserem Ansehen im Auslande schwersten Schaden zugefügt, der oben erwähnte Weg der Schande von Compiègne bis Berlin hat seinen Teil dazu gegeben, Würdelosigkeit und Selbstdemütigung wie in den letzten Tagen geben ihm den Rest.

*

Warum wurden die Kartoffeln so teuer?

Das Weddigenwerk in Barmen hatte für seine Arbeiter und Angestellten Kartoffeln einkaufen lassen, die natürlich billig und gut sein sollten. Mit dem Ankauf war der Betriebsrat beauftragt gewesen, in dem die radikalsten Elemente des Werkes sitzen. Der Angestelltenrat hat sich die Mühe genommen, festzustellen, weshalb die Kartoffeln so teuer waren, und was er mitteilte, das hat er jetzt durch öffentlichen Anschlag im Werk den Arbeitern bekannt gemacht. Danach erhielt zunächst einmal der Obmann des Betriebsrats, Wehner (U. S. P. D.) für seine Bemühungen um den Kartoffelankauf 978 M. Drei Arbeiter, die ebenfalls genannt wurden, erhielten aus dem gleichen Grunde je 450 M. Für Zigarren, Zigaretten und Bier wurden während der „Bemühungen" 150 M ausgegeben. Ein Kutscher bekam 250 M, und außerdem wurden 300 M Schmiergelder gegeben. Die „gemeinnützige" Arbeit des Einkaufs durch den radikalen Betriebsrat hat also die Kartoffeln um 3028 M verteuert.

Die Universität Gent — flämisch.

Der Gemeinderat von Antwerpen hat mit 20 gegen 7 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen eine Tagesordnung angenommen, die sich für die Verflamung der Universität Gent ausspricht. Wir können gespannt sein, ob sich das Flamentum durchringen wird, ob es ihm gelingt, jetzt, wo es der Hilfe durch Deutschland entbehrt, sich gegen das Wallonentum durchzusetzen.

*

Die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung.

Der Ausschuß für Volkswirtschaft verhandelte weiter über die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch. Minister Hermes erklärte, daß die Regierung bereit sei, unter gewissen Voraussetzungen die Zwangswirtschaft bis zum Herbst aufzuheben. Die Fleischkarte soll sofort in Wegfall kommen und an ihre Stelle die Kundenliste treten. Ein Vertreter der Reichsfleischstelle beantwortete die von dem Abgeordneten Dusche in der vorausgegangenen Sitzung gestellten Fragen. Daraus ging hervor, daß die Bewirtschaftung des Fleisches durch die Reichsfleischstelle sehr teuer ist und auch nicht immer mit der nötigen Sachkunde gehandhabt wurde.

*

Zustände im neuen Deutschland.

Von welchem Standpunkte man auch die Lage in unserm Vaterlande betrachtet, ob vom politischen oder vom wirtschaftlichen oder auch vom sittlichen, überall zeigen sich unlösbare Schwierigkeiten und besorgniserregende Verfallerscheinungen. In den letzten Tagen sind die Ziffern bekannt geworden, wo in den letzten sechs Monaten die Berliner Sicherheitswehr in Tätigkeit getreten ist. In nicht weniger denn 19 080 Fällen mußten die Beamten der Sicherheitswehr zum Schutze des Lebens und des Eigentums der Einwohner eingreifen. 72 Morde und Mordversuche wurden durch die Beamten der Sicherheitswehr festgestellt. Nicht weniger denn 600 Familien wurden als obdachlos ermittelt und in 8789 Fällen wurde die wachsende Verarmung des deutschen Volkes durch die Zunahme des Straßenhandels demonstriert. So sind die Zustände im neuen Deutschland!

*

Die Qualität der sozialistischen Landräte

fällt jetzt schon den Unabhängigen auf die Nerven. Eine Kreiskonferenz der U. S. P. D. Wahlvereine von Usedom-Wollin hat folgende Entschließung angenommen: „Die Kreiskonferenz der U. S. P. D. Usedom-Wollin ist sich nach eingehender Prüfung dahin klar geworden, daß der kommissarische Landrat Herr Hunger, nicht nur vom politischen Gesichtsfeld aus betrachtet, vollkommen versagt hat. Sein Lebenswandel ist besonders geeignet, den Ruf der Arbeiterklasse zu schädigen. Seinen Aufgaben auch sonst in keiner Weise gewachsen, ersuchen wir darum die preußische Regierung, diesen kommunalen Beamten baldmöglichst abzuberufen." — Herr Hunger ist Mehrheitssozialist.

*

Die Schlagsahne in Binz.

In der „Greifswalder Ztg." veröffentlicht der berühmte Kinderarzt Geh. Rat Professor Römer folgenden Aufruf:

Arbeiter Greifswalds! Ich bitte um Eure Hilfe, nicht in Form von Gewaltmaßnahmen, sondern in der Wahrung gesetzlicher Vorschriften zur Durchführung gerechter, sozialer Maßnahmen. Noch immer leiden unzählige kranke Kinder unseres Volkes in schauerlicher Weise darunter, daß wir Aerzte ihnen nicht genügend Milch, Sahne, Butter zukommen lassen können. Seht Euch solche Kinder meiner Klinik an und dann schickt Eure Vertreter einmal nach Binz auf Rügen! Dort werdet Ihr sehen, wie Hunderte von fetten Weibern im sogen. Familienbad halbnackt im Sande sich rekeln und dann in großer Toilette zum Kaffee in den Restaurants zu 5 Mark pro Portion echte Schlagsahne essen. Ich habe es mit eigenen Augen gesehen! Wie ist es möglich, daß Hunderte von Litern Milch in den Bädern zur Herstellung von Schlagsahne verwendet und den fettesten Weibern zugute kommen, während Tausende von Kindern unseres armen deutschen Volkes sterben und verderben müssen? Arbeiter, seht Euch selbst einmal diesen Zustand an! Ich bin bereit, einem Eurer Vertreter die Reisekosten aus meiner Tasche zu ersetzen. Dann protestiert mit mir bei Euren Vertretern in der Regierung, die Ihr gewählt habt, und helft mit, daß diesen Zuständen ein Ende gemacht wird!"

Wir haben dem kein Wort hinzuzufügen; höchstens unserer Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß es ein Mann von der Unantastbarkeit des Geheimrats Römer ist, der der Katze die Schelle umhängt und laut vor allem Volke seines Herzens Meinung bekennt.

*

Im Wandel der Zeiten.

Noch in den fünfziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts galt die Bevölkerung des Rheingaues als ein armes Volk. Viele Winzer mußten auswandern, weil sie von dem Ertrag ihrer Weinberge nicht leben konnten. Wie Riehl erzählt, kam es auf dem Rheinufer vor, daß der geringe Wein nicht mehr nach dem Maße, sondern nach der Trinkzeit ausgeschenkt wurde: „Eine Stunde zu trinken, kostete sechs Kreuzer, die angefangene Stunde gilt für voll!" Und heute . . . Heute zählt der Rheingau mehr Millionäre als irgend ein anderer Landesteil des Reiches!

Die Kriegsverluste der englischen Marine.

Die amtlichen Zahlen über die Verluste der englischen Marine im Weltkriege sind erst jetzt von der britischen Admiralität veröffentlicht worden. Die Gesamtzahl von Offizieren und Mannschaften, die im offenen Kampf fielen oder an ihren Wunden starben, betrug während der ganzen Zeit des Krieges 22 809, davon 2074 Offiziere und 20 735 Mann. Da die Zahl der bei der englischen Kriegsmarine dienenden Offiziere und Mannschaften sich während der letzten Jahre auf 450 000 belief, so sind das nur 5 Prozent. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß auf je zwei Mann, die im Kampfe fielen, einer bei der Kriegsmarine kommt, der in seinem Bett starb. Verglichen mit den Verlusten bei den Landschlachten waren die tödlichen Verluste bei den Seekämpfen sehr groß. Von 27 319 Mann, die im Kampfe verwundet wurden oder sanken, waren nur 4510 Ueberlebende, während die Zahl der Gefangenen 1035 betrug.

*

Vermöbelt.

Mit den Zuständen im Münchener Theater-Museum, dessen Grundstock eine Stiftung der ehemaligen Hofschauspielerin Klara Ziegler ist, hat sich in jüngster Zeit die Oeffentlichkeit zu beschäftigen gehabt. In einer Anfrage im Landtag war behauptet worden, daß voriges Jahr sehr wertvolle Stücke der Stiftung sehr billig verkauft worden seien und ein kostbarer Flügel in die Wohnung eines Mitgliedes des Kuratoriums gebracht worden sei. Dazu nimmt nun Viktor Schwannecke, der frühere Intendant des Münchener Nationaltheaters, der zugleich Geschäftsführer des Theatermuseums war, in einem Schreiben an die „Münchener Zeitung" das Wort. Er erklärte, daß der Flügel wegen Platzmangels zuerst bei einer Münchener Möbelfirma eingestellt war, dann aber der Sicherheit und der geeigneten Behandlung halber in seine Wohnung verbracht worden, von ihm aber niemals benutzt worden sei. Von Möbeln seien nur einige überflüssige Stücke zur Zeit der Möbelnot mit Zustimmung des Kuratoriums nach der Schätzung zweier vereideter Taxatoren verkauft worden. Zu dieser Rechtfertigung bemerkt die „Münchener Zeitung", daß es sich bei dem Verkauf von Teppichen, Möbeln

usw. um Luxusgegenstände königlicher Herkunft gehandelt habe, durch deren Verkauf man schwerlich die Möbelnot habe lindern können. Das Blatt fragt, von wem und zu welchem Preise die betreffenden Stücke gekauft worden seien. Weiter macht das Blatt auf die merkwürdige Tatsache aufmerksam, daß Schwannecke dem Kuratorium angehört habe und gleichzeitig sein Amt als Geschäftsführer weiter versehen habe.

Aus der Partei.

Frauen im Wohlfahrtsministerium.

Frau Helene Weber-Köln ist nach der „Neuen Frauenzeit" zum Ministerialrat und Frau Meta Kraus-Fessel zum Regierungsrat im Ministerium für Volkswohlfahrt ernannt. Frau Kraus ist schon seit längerer Zeit Referentin für die Kriegshinterbliebenen und -gefährdetenfürsorge, während Frau Helene Weber das Referat für die sozialen Frauenschulen und die Schulpflege inne hat.

Die „Rheinische Frauenliga" gibt eine Broschüre „Farbige Franzosen" heraus, die eine erschütternde Darstellung der Vorgänge im besetzten Gebiet gibt. Die Hefte sind durch die Frauenabteilung der Reichsgeschäftsstelle unentgeltlich zu beziehen.

An der Reichsschulkonferenz nahm als eine Vertreterin des Bundes deutscher Frauenvereine Frau Abgeordnete Poehlmann (Deutsche Volkspartei), Mitglied der Preußischen Landesversammlung, teil Ein anschauliches Bild der Konferenz und eine interessante Darstellung der Hauptvorgänge gibt Frau Poehlmann in Nr. 14 der „Frauenfrage", dem „Zentralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine".

*

Gegen den Bücherschund.

Die Abgeordneten Beuermann, Brüninghaus, Luther, Frau Mende, Kempkes und Rippler haben folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

Dem Vernehmen nach befindet sich eine Reichsverbotsliste in Vorbereitung zum Zwecke der Bekämpfung des Bücherschundes. Ist die Reichsregierung bereit, über den Stand der Arbeiten Auskunft zu geben, besonders auch darüber, ob und wie die einzelnen Länder an der Mitwirkung beteiligt sind?

Es ist uns bekannt, daß einige Jugendarbeitsgemeinschaften bereits in dieser Richtung tätig sind und dem Bücherschund erfolgreich nachgehen in Verbindung mit der kommunalen Polizei. Was gedenkt die Regierung zu tun, um sich in dieser unsere Jugend ganz besonders angehenden Frage die verstärkte Mitarbeit der Jugendbünde zu sichern?

*

Aufklärung über den Friedensvertrag.

Der Abgeordnete Freiherr v. Lersner (D. V. P.) führte kürzlich im Plenum des Reichstags beim Etat des Auswärtigen Amtes folgendes aus:

Ich rege an, daß das Auswärtige Amt eine kurze übersichtliche Volksausgabe der Hauptbestimmungen des Versailler Friedens verfaßt, in den Schulen unentgeltlich und im ganzen Lande gegen ein ganz geringes Entgelt verbreiten läßt.

Diese Volksausgabe müßte in fremde Sprachen übersetzt und im Auslande überall verbreitet werden.

Ich betrachte die allgemeine Kenntnis der Hauptbestimmungen des Friedensvertrages und die ungeschminkte, nüchterne Feststellung seiner wirtschaftlichen und politischen Folgen als eines der wirksamsten Propagandamittel für die Revision des Vernichtungsfriedens von Versailles, ein Ziel, das wohl alle Mitglieder dieses Hohen Hauses mit mir erstreben!

Reichsminister Simons dankte dem Redner für die Anregung und erklärte, ihr schnellstens Folge geben zu wollen.

*

Die Freigabe der Kartoffelbewirtschaftung.

Der Ausschuß für Volkswirtschaft beschloß mit 16 gegen 12 Stimmen die alsbaldige Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung unter der Voraussetzung, daß die Reichskartoffelstelle 20 Millionen Zentner Kartoffeln, mithin etwa den 30. Teil des zu erwartenden Ernteertrages, als Notreserve sichert. Bei der dann beginnenden Beratung über die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung erklärte sich der Minister Hermes unter bestimmten Voraussetzungen damit einverstanden, die Fleischbewirtschaftung am 1. Oktober d. Js. freizugeben. Der Abg. Dusche stellte den Antrag, die Beratungen des Ausschusses für Volkswirtschaft bei der Dringlichkeit der zu behandelnden wirtschaftlichen Fragen fortzusetzen, auch wenn der Reichstag sich vertagen sollte. Der Antrag Dusche wurde mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. Der Ausschuß wird demnach weiter über die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung beraten. Am 17. August wird der Ausschuß für Volkswirtschaft die ihm seitens der Regierung infolge des obigen Beschlusses vorzulegende Verordnung über die Freigabe der Kartoffelbewirtschaftung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes endgültig verabschieden.

*

Reichsschulrat und Reichskulturkammer.

Die Abgeordneten Dr. Stresemann, Dr. Runkel und die übrigen Mitglieder der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei haben zur Reichsschulgesetzgebung die folgenden wichtigen Anträge eingebracht:

I.

Der Reichstag wolle beschließen:

die Reichsregierung zu ersuchen, mit größter Beschleunigung die Abteilung III des Reichsministeriums des Innern zu einem Reichsschulamt auszugestalten, damit die dem Reiche auf dem Gebiete des Schulwesens verfassungsgemäß obliegenden Angaben systematisch in Angriff genommen und durchgeführt werden.

II.

Der Reichstag wolle beschließen:

die Reichsregierung zu ersuchen, Erwägungen darüber anzustellen, ob bei der Wichtigkeit der Reichsschulgesetzgebung und der verfassungsgemäßen Aufgaben des Reiches auf dem Gebiete des Schulwesens sich die Bildung einer Reichskulturkammer als beratende Stelle empfiehlt.

III.

Der Reichstag wolle beschließen:

die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt eine Denkschrift vorzulegen, in der die dem Reiche verfassungsmäßig zustehenden reichsgesetzlichen Maßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens in übersichtlicher Weise zur Darstellung kommen.

*

Ungesetzlicher Koalitionszwang.

Die Reichstagsabgeordneten Adams, Winnefeld, Dusche, Seibert, Leuthäuser, von Kemnitz, Westermann, Dauch, Döbrich, Dr. Moldenhauer, Thiel und Morath haben folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

Beim Hackethal Draht- und Kabelwerke Hannover wurden am 30. 7. 20 die Mitglieder des deutschen Arbeiterbundes durch den Betriebsrat unter Drohung der Entlassung zum Uebertritt in die sozialdemokratische Gewerkschaft aufgefordert. Der Betriebsrat gab den Mitgliedern des deutschen Arbeiterbundes eine Woche Bedenkzeit. Bis zu diesem Termin sollen sie übergetreten sein, oder eine Bescheinigung des Arbeitsministers über die Anerkennung des deutschen Arbeiterbundes als Gewerkschaft vorlegen, im anderen Falle werden sie entlassen. Die Mitglieder des deutschen Arbeiterbundes fühlen sich in ihrer Existenz durch den Betriebsrat stark bedroht und in ihrer Freiheit sehr eingeschränkt.

Ist die Reichsregierung bereit, den Betriebsrat der Hackethal Draht- und Kabelwerke Hannover auf das Ungesetzliche seiner Handlungsweise hinzuweisen, und die Brotlosmachung der Mitglieder des deutschen Arbeiterbundes zu verhindern?

Ist ferner der Herr Reichsarbeitsminister bereit, eine Erklärung abzugeben, daß der Koalitionszwang im [illegible] Reichsverfassung steht, welcher die Koalitionsfreiheit bei allen Arbeitern garantiert?

Wir bitten um recht baldige schriftliche Antwort.

Bei der Tagung des Vertretertages in Kreuztal am 17. 7. 1920 wurden in den Kreisvorstand der Deutschen Volkspartei für den Kreis Siegen folgende Herren gewählt:

Für Amt Keppel:
1. Prokurist Leuckel, Dahlbruch,
2. Direktor H. W. Klein, Dahlbruch,
3. Monteur Ludw. Zimmer, Dahlbruch,
4. Frau Hebamme Schlag, Dahlbruch.
5. Gemeindediener Burk, Müsen.

Für Amt Freudenberg:
1. Gendarmeriewachtmeister Fuchs, Freudenberg,
2. Lehrer Steinkamp, Oberschelden.

Für Amt Eiserfeld:
1. Ingenieur Teckenberg, Eiserfeld,
2. Fuhrunternehmer Klug, Niederschelden.

Für Amt Burbach:
1. Direktor Stesse, Neunkirchen,
2. Kaufmann Ferd. Girshausen, Burbach,
3. Betriebsleiter Ros, Niederdresselndorf,
4. Dr. Theiß, Struthütten,
5. Bergmann Karl Höchst, Oberdresselndorf.

Für Stadt Hilchenbach:
1. Justizobersekretär Pleßmann, Hilchenbach.

Für Amt Wilnsdorf:
1. Bergmann Friedrich Lotz, Eisern,
2. Bergassessor Over, Unterwilden,
3. Lehrer Jung, Niederdielfen,
4. Bergassessor Willing, Eisern.

Für Amt Ferndorf:
1. Dr. Dürst, Ferndorf,
2. Kaufmann Fritz Henk, Kreuztal,
3. Bürogehilfe Emil Lommel, Ernsdorf,
4. Kaufmann Adolf Stähler, Fellinghausen,
5. Eisenbahnassistent Grunewald, Buschhütten,
6. Vorsteher Groß, Littfeld,
7. Vorsteher Schmidt, Eichen,
8. Fabrikant Spies, Krombach.

Für Amt Netphen:
1. Ingenieur Rokohl, Netphen.

Für Amt Weidenau:
1. Geschäftsführer Winkler, Geisweid,
2. Landwirt Paul Hellbach, Seelbach.
3. Fritz Stähler, Weidenau,
4. Schreiner Friedrich Weigand, Weidenau,
5. Fabrikant Friedrich Schleifenbaum, Weidenau.

Für Stadt Siegen:
1. Dr.-Ing. e. h. Macco, Siegen,
2. Eisenbahnwerkmeister Heinrich Schade, Siegen,
3. Lehrer Gustav Friedrich, Siegen,
4. Amtsgerichtsrat Schneider, Siegen,
5. Bergschullehrer Hellmann, Siegen,
6. Frl. Paula Ax, Siegen,
7. Frl. Dora Hortmann, Siegen,
8. Frau Wilh. Stahl, Siegen,
9. Gewerke Jacob Kreutz, Siegen,
10. Dr. Hans Kruse, Siegen,
11. Buchhalter Georg Seibel, Siegen,
12. Fabrikant Hermann Klingspor, Siegen,
13. Fr. Schleifenbaum, Siegen,
14. Fabrikdirektor Ferd. Sarx, Siegen,
15. Fabrikdirektor Mönnich, Siegen,
16. Kaufmann Gust. Jung, Siegen,
17. Frau Dr. Burgmann, Siegen,
18. Buchdruckereibesitzer G. Steinhaus, Siegen,
19. Fabrikant Fritz Fischer, Siegen,
20. Werkführer Röh, Siegen, Obenstruthstr.

Für Kreis Altenkirchen:
1. Bergassessor Grumbrecht, Betzdorf.

Für den Kreis Wittgenstein werden die Kreisvorstandsmitglieder auf einem demnächst stattfindenden besonderen Vertretertag gewählt.

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei (Herm. Klingspor. 1. Vorsitzender), Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

4½%ige
Anleihe der Stadt Siegen

in Höhe von 4½ Millionen Mark,

die hauptsächlich zur Herstellung von Wohnhäusern und sonstigen Notstandsbauten und zum Ankaufe von Grundstücken dienen wird, bieten wir hiermit

zum Ausgabekurse von 101%

an. Die Höhe der Zuteilung bleibt vorbehalten. Die Anleihe kann auch durch sämtliche Sparkassen, Banken und Bankiers bezogen werden. Sie ist eingeteilt in Stücke zu 1000.—, 2000.— und 5000.— Mark. Die Stücke sind im September bei der Abrechnung lieferbar.

Die Stadt Siegen (30000 Einwohner) zählt in finanzieller Hinsicht zu den besten Städten von ganz Westdeutschland. Man verlange Prospekt, der durch uns zu beziehen ist.

Sparkasse der Stadt Siegen.

Deutsche Volkspartei

Herr Stadtschulinspektor

Dr. Schepp

spricht am **Samstag, dem 14. August**

in Burbach.

---

200 Mark Belohnung!

Am Dienstag früh ist in der Trupbacher Jagd in der Nähe des Brandweihers ein Rehkitz geschossen worden.

Obige Belohnung sichern wir demjenigen zu, der uns den oder die Täter so namhaft macht, daß deren gerichtliche Aburteilung erfolgen kann.

86] **Die Jagdpächter.**
J. A.: Richard Ley, Postfkr.

Louis Hees, Siegen

Generalvertrieb der „Adler"-Schreibmaschinen

Büro-Einrichtungen
:: Geldschränke ::

Emil Neumann

Löhrstrasse 21

Einrahmung und Kunsthandel

Ständiges Lager in
gerahmten und ungerahmten
Bildern u. Bilderleisten.

Zöpfe

in allen Farben und Preislagen.

Wilhelm Roscher jun.
Marburger Tor 9 :: Telephon 437.

Sämtliche Reparaturen
an
Kraftfahrzeugen all. Systeme

auch stationären **Motoren** und **Bereifungen** werden übernommen unter schnellster Ausführung und billigster Berechnung. Auch werden **auswärtige** Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch **Personenfahrten** übernommen. |258

An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk — Vulkanisier-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen
Wiesenstraße 11. :: Fernsprecher 1308.

Holzverkauf.

Am **Donnerstag, dem 26. August,** von vorm. 9 Uhr ab kommen in der Wirtschaft Klein zu **Deuz** öffentlich meistbietend zum Verkauf: (§335

1) **Försterei Lahnhof.**
Buche: 95 Stämme = 49,32 fm III/V. Kl.
Fichte: 758 Stämme = 360,27 fm II/VI. Kl.

2) **Försterei Walpersdorf.**
Eiche: 335 Stämme = 442,55 fm I/V. Kl. — 150 rm Reiser III. Kl. unaufg.
Buche: 850 rm Reiser III. Kl. unaufg.
Erle: 7 Stämme = 3,52 fm IV. Kl.

3) **Försterei Hohenroth.**
Buche: 324 Stämme = 166,70 fm I/V. Klasse; 327 rm Schichtnutzh. II. Kl.; 92 rm Reiser II. Kl.; 600 rm Reiser III. Kl. unaufg.
Fichte: 1563 Stämme = 861,28 fm I/IV. Kl.

Oberförsterei Hainchen.

Achtung Landwirte!

Am Sonntag, den 15. Aug., nachm. 3 Uhr, findet im Langenbach'schen Lokale, Siegen, Wilhelmstr., eine (†728

Versammlung
des Westf. Bauernvereins

statt, zu welcher alle Landwirte, auch Nichtmitglieder, besonders aber die Mitglieder des Kultur- u. Gewerbevereins (Landwirtsch. Kreisvereins) und der Vereinigung der Siegerländer Landwirte herzl. eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Landwirtschaft und Reichsnotopfer. Referent: Herr Dr. Bleh, Altenhundem.
2. Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand des Westf. Bauernvereins
J. A.: Leyener.

Sonder-Angebot. Zigarren, rein Übersee, Brasil-Einl., pro Mille v. 575 M. an stets lieferbar. Muster zur Verfügung bei **Aug. Holschbach,** Scheuerfeld 40. (†270

Wir suchen ein gebraucht., gut erhaltenes (†218

Förderdrahtseil

zu kaufen. Stärke za. 20 bis 25 mm, Länge 150 m.

Schriftliche Angebote u. G. E. 628 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Assekuranz-Büro

schnellste und beste Deckung aller Versicherungs-Arten durch

Fr. Schwunk, Siegen,
Telephon 631.

Stempel aller Art
liefern
Gebr. Wolff, Siegen

Wennemar Gatermann,

Kohlenzer Str. 6 Siegen i. W. Kohlenzer Str. 6.

In erstklassiger Friedensqualität
liefere ich
Sämtliche Lacke, Farben, Oele und Leinölkitt
für Handel, Industrie und Gewerbe.